

Freiheit und Gerechtigkeit
Rede von Dr. Wolfgang Gerhardt MdB
Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit
auf dem Bundeszahnärztetag am 24. Oktober 2008 in Stuttgart

Deutschland ist ein Land mit großen Potentialen. Wissen ist unsere unerschöpfliche Ressource. Freiheit, Demokratie, soziale Marktwirtschaft sind die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Wohlstandes. Internationale Orientierung mit einem vereinigten Europa und Verantwortungsbewusstsein im Atlantischen Bündnis sind die zentralen Elemente unserer Staatsräson.

Wir können uns darauf aber nicht ausruhen. Wir befinden uns nach dem Ende der alten bipolaren Welt in einem großen Umbruch. Das Denken in alten nationalstaatlichen Kategorien, das Denken in hergebrachten sozialstaatlichen Konstellationen, das Denken in vertrauten persönlichen erwerbsbiographischen Erwartungsmustern und das Denken in alten Gewohnheiten ist von Grund auf in Frage gestellt. Zugleich gibt es aber auch enorme neue Chancen und Möglichkeiten der individuellen ökonomischen, persönlichen und politischen Gestaltungsfreiheit. Diejenigen Gesellschaften werden am Ende erfolgreich sein, die mit den Beschleunigungsverhältnissen unserer Zeit am besten zurecht kommen, die Kompetenz im Wandel entfalten und die neuen Antworten auf innere und äußere Herausforderungen fähig sind.

Deutschland hat gute Chancen, sie müssen aber kreativ und entschlossen genutzt werden. Ein dauerhafter Erfolg für unser Land wird sich nur dann einstellen, wenn wir mehr als bisher auf den Fleiß, die Leistung und das Engagement von Menschen setzen und ihre Lernbereitschaft unterstützen und ihren persönlichen Willen zum Erfolg belohnen und alles unterlassen was sie an der Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten hindert.

Inventur in Deutschland

Eine Inventur in Deutschland zeigt, daß der alte Daseinsvorsorgestaat in Handlungsunfähigkeit erstarrt ist, daß die ungebremste und einstmals sehr populäre Überführung von individueller wie kollektiver Vorsorge in das steuer- und beitragsfinanzierte Kollektiv mit dem Gesundheitsfond weiter im vollen Gange ist. Daß Wohlfahrtsversprechen weiter unverdrossen gegeben werden. Daß Gerechtigkeitsrhetoriker unterwegs sind, die eine gewaltige Simplifizierung der Probleme unseres Sozialstaates betreiben.

Tarifverhandlungen auf der Grundlage des Flächentarifs werden noch immer so geführt als wenn es nur Deutschland und seine Branchen gäbe. Das Prinzip Vorfahrt für Arbeit ist über bloße Rhetorik nicht hinausgekommen. Die ganze arbeitsmarktpolitische Apotheke deren Medizin schon bisher versagt hat, arbeitet munter weiter. Das Verhältnis von kollektiver und individueller Verantwortung stimmt nicht mehr. Kollektive Systeme vermitteln den Menschen zudem immer mehr den Eindruck, daß sie zur Lösung von Problemen selbst keinen Beitrag mehr leisten müssten. Selbstbedienungsläden ohne Preisschilder führen aber nicht weiter.

Was uns fehlt ist die Vision eines Gemeinwesens, das von selbstbewussten Bürgern getragen wird, die sich nicht zuvorderst als Staatskunden empfinden, sondern auch von sich selbst etwas verlangen. Der Begriff des Bürgers darf sich nicht in der individuellen Erwerbsbiographie, dem Besitz eines Personalausweises, der Pflege des Vorgartens und dem Besuch im Fitnessstudio erschöpfen. Wenn Sicherheit und Gleichheit erstrebenswerter sind als Freiheit und Eigenverantwortung, dann ist das eine Abdankung von Politik und Gesellschaft und eine Katastrophe für Deutschland.

Die Politik muß dringend heraus aus dem Bodenturnen und hin zu Problemlösungsfähigkeit. Sie muß Markenpflege betreiben. Sie braucht eine

innere Philosophie, eine Kompass, gelegentlich auch den Mut zu Unpopulärem, wenn Bedeutsames erreicht werden soll. Sie braucht werteorientierte Führungsverantwortung und sie darf nicht länger die Gegenwart zu Lasten der Chancen für die Zukunft organisieren. Darauf wird in Deutschland nicht trainiert, darauf kommt es aber gerade an.

Weltweit entwickelt sich vor unser aller Augen eine neue Verteilungsdebatte um Ressourcen und Chancen. Jedes Land sucht seinen Platz ökonomisch, kulturell, politisch, gesellschaftlich. Verschieden Akteure mit neuen und alten Programmen treten auf, einige plädieren für einen neuen Protektionismus, andere wollen die offenen Märkte nicht verspielen. Es gibt Politikkonzepte mit dem Ziel die Welt abzubremsen. Es gibt vieles. Eines gibt es nicht mehr: Stammplätze. Es gibt Auf- und Absteiger.

Lernen ist das Ethos der Solidarität

Die Zukunft wird von denen gewonnen, die sich heute darauf vorbereiten. Politische und wirtschaftliche Stabilität wird dauerhaft nur dort zu finden sein wo es gelingt eine Wissensgesellschaft aufzubauen. Bildung ist unser Pass für die Zukunft. Sie ist unser entscheidendes Kapital. Lernen ist das Ethos der Solidarität und nicht die Bürgerversicherung.

Erfolgreiche Länder verdanken ihre Wertschöpfung kenntnis- und leistungsbereiten Menschen und klugen Ordnungsrahmen in denen diese ihre Aktivitäten entwickeln und Verantwortung für ihre eigene Biografie übernehmen können. Originalität, Risikobereitschaft, Neugier und Phantasie, Einfallsreichtum und auch Mut zu Unbefangenheit, Kreativität und soziale Kompetenz, Konfliktfähigkeit und Teamfähigkeit, wertorientiertes und zugleich problemlösendes Denken, all das entwickelt sich nicht automatisch. Es wächst aus einem Willen zu Lernen und aus einer Kultur des Lernens.

Diese Tugenden werden sehr entscheidend grundgelegt bevor ein Kind überhaupt der Schule begegnet. Es geht deshalb nicht nur um gute Schulen,

auch nicht um die organisatorischen Debatten über Schulsysteme, die lediglich Innovationsgeräusche erzeugen. Es geht um Lehrer und Elternhäuser, die ihren Kindern ein Ethos der Wissbegierde und die Lust am Lernen vermitteln. Es geht um die Art und Weise wie Wissen weitergegeben wird, aber auch um Haltungen und Werten, die in Familien vorgelebt werden. Große Pädagogen wussten immer schon, daß Bildung neben der Beschäftigung mit Lerninhalten und der Begegnung mit großen Lehrerpersönlichkeiten vor allem auch etwas mit Erziehung zu tun hat.

Eltern haben zweifellos das Recht auf Erziehung ihrer Kinder, aber mit diesem Recht korrespondiert eine Pflicht der Mitgift eines Mindestmaßes an Zivilisiertheit. Leider gibt es sehr viele anregungsarme Milieus in denen Kinder aufwachsen. Zu viele Potentiale gehen zwischen Geburt und Schule schon verloren. Deutschland wird nur Spitze sein können, wenn Fragen der frühkindlichen Bildung und Erziehung stärkere Beachtung finden und wenn Eltern ihre Anteil am Bildungserfolg der Kinder klar verdeutlicht wird. Die erste Unterrichtsstunde, so sagt Pestalozzi vor über 200 Jahren, ist die Stunde der Geburt.

In der Schule müssen wir wieder stärker mit unserem eigenen kulturellen Wissen und Können in Berührung kommen. Da muß man dann eben das Nibelungenlied kennen, über ein Mindestmaß an Stil und Verlaufsformen der Literatur Bescheid wissen, über Renaissance und Aufklärung etwas gelesen haben, Katastrophen deutscher Geschichte kennen, aber auch eben die Kräfte mit denen sie überwunden wurden zu Kenntnis nehmen, schreibt Schwanitz in seinem Buch über Bildung. Ganz zu schweigen von Sprachkenntnissen und Grundlagen in Mathematik und Naturwissenschaften.. Es geht um Allgemeinbildung und Schlüsselqualifikation, es geht um die Fähigkeit, sich etwas aneignen zu wollen und zu können und den Willen etwas allein oder mit andern zusammen zustande zu bringen.

Freiheit und Gleichheit

Thomas Jefferson schrieb in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung 1776 „that all men are created equal“. Das heißt aber nicht, daß alle Menschen auch identisch sind, wenn alle gleich wären würde ja einer oder eine genügen. Der genetische Zufall macht uns alle einzigartig, aber auch einzigartig in der Unterschiedlichkeit unserer Fähigkeiten, Stärken und Schwächen. Das politische Regulativ der Gleichheit ist die Gleichheit vor dem Gesetz, die Beseitigung von Vorrechten des Standes, die Beseitigung der Differenzierung der Stimm- und Wahlrechte nach Einkommen, die Beseitigung der Ungleichheit der Geschlechter. Das Prinzip Gleichheit macht Unterschiede in der Hautfarbe menschenrechtlich irrelevant, wie Udo Di Fabio schreibt. Aber die Nutzung von Chancen, die sich auf Gleichheit aller vor dem Gesetz ergeben ist wiederum von Fähigkeiten abhängig, die ihrerseits ungleich verteilt sind.

Es gibt eben Unterschiede in den menschlichen Fähigkeiten des Wissenserwerbs, der Selbstorganisation und der Teamfähigkeit. Es gibt Menschen, die mit vielen angebotenen Chancen absolut nichts anzufangen wissen. Die berechtigten Forderungen nach Gerechtigkeit dürfen nicht mit der mancherorts gehegten Hoffnung der Ergebnisgleichheit verwechselt werden. Eine freiheitliche Gesellschaft bleibt auf einer Kultur der Anerkennung von Unterschieden und schlechterdings nicht zu beseitigenden Ungleichheiten angewiesen. Es geht darum Brücken zu bauen, die jedermann eine ihm angemessene Entwicklungsmöglichkeit anbieten. Denn nur derjenige, der das Beste lernt kann auch sein Bestes geben. Gehen allerdings müssen die Menschen schon selbst. Denn es gibt am Ende keinen Staat, der mehr für die Menschen tun könnte, als sie für sich selbst tun könnten und sollten.

Wettbewerb darf nicht weiter ein kontaminiertes Wort in Deutland bleiben. Eine demokratische Gesellschaft muß die Auswahl und die Pflege der Begabungen zu ihrem Anliegen machen. Dabei ist ganz selbstverständlich,

daß nur der der die Breite fördert auch die besonders Begabten erreichen kann. Ohne eine gut ausgebildete Basis der Vielen gibt es auch keine Elite. Auch die Besten brauchen ein aufnahmebereites Umfeld, das es versteht Ideen zu entwickeln und sie umzusetzen. Wer die Arbeit und Pflege der Begabungen behindert und darin einen Beitrag zur sozialen Kompetenz sieht, macht unsere Gesellschaft weder herrschaftsfreier noch demokratischer. Er verhindert nur, daß einige mehr leisten können und die Gesellschaft geistig und wirtschaftlich durch Gleichheit, als Verständnis von Gerechtigkeit, ärmer wird, wie Hubert Markl das zutreffend beschreibt.

Es ist keine Frage, ob eine Gesellschaft Eliten braucht. Sie hat sie und sie wird sie immer haben. Auch Neidvermeidungsgesellschaften, die das im Sozialismus immer bestritten, hatten sie. Entscheidend ist, das Elitepositionen unabhängig von Rasse, Herkunft, Geschlecht und Religion besetzt werden. Das Kriterium nach dem Menschen in verantwortliche Positionen gelangen muß das der Befähigung und Leistung sein. Dabei bedeuten Erziehung zur Leistungsbereitschaft und die Entwicklung einer Lernkultur, nicht die Entwicklung einer Ellbogengesellschaft, Leistung ist auch keine Körperverletzung, sie muß stets zugleich auch Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft sein oder ganz altmodisch gesprochen: jene Tugenden beinhalten, die die Qualität einer freiheitlichen Gesellschaft ausmachen.

Daß am Anfang des Kapitalismus die kaufmännische Tugend der Bescheidenheit stand, ja sogar asketische Verhaltensweisen, sollte nicht nur eifrigen Lesern von Max Weber bekannt sein. Niemand muß deshalb heute als Heiliger leben. Aber Eliten, die in einer freien Bürgergesellschaft Verantwortung übernehmen sollten sich in ihrem Tun an Fragen der Lebensdienlichkeit des menschlichen Maßes, der Glaubwürdigkeit und des zivilisatorischen Fortschritts orientieren. Markt und Moral, Markt und Charakter, Markt und Spielregeln, Maß und Mitte das sind keine Gegensätze sondern gegenseitige Voraussetzungen für Erfolg und Allgemeinwohl. Es geht jetzt nicht um Eitelkeiten in diesem oder jenen Management. Es geht um Bodenhaftung.

Freiheit und Gerechtigkeit

Das Einfallstor für Gegner freiheitlicher Gesellschaften ist die hierzulande geführte Gerechtigkeitsdiskussion. Sie ist eine verwundbare Stelle freiheitlicher Gesellschaften. Soziale Sicherheit und das Gefühl gerecht behandelt zu werden sind gewaltige Triebfedern des Empfindens der Menschen für Fairness. Der gegenwärtige Sozialstaat wird diesen Gefühlen nicht mehr gerecht. Seine Umverteilungsapparate bringen unzureichende Verteilungseffekte hervor, die Reform der kollektiven Solidargemeinschaften zur kollektiven Vernunft statt zu Selbsterstörungsmechanismen ist überfällig. Er ist wirklich kein Ort moralischer Exzellenz.

Die Systeme der pauschalen Abbuchung, der undifferenzierten Zuteilung und nebulösen Kostenentwicklung müssen reformiert werden. Es wird auf Dauer keine soziale Sicherheit geben wenn für untaugliche Systeme nur neue Geldquellen erschlossen werden. Es wird nichts werden ohne private Vorsorge, ohne Loslösung der Sozialpolitik von den Arbeitskosten und ohne Steuerentlastung für mehr Netto als Belohnung von Leistung, damit die Menschen einfach mehr für sich selbst tun können. Es geht um einen Wandel in den Köpfen von der Versorgung zur Teilhabegerechtigkeit.

Der alimentierende Sozialstaat ist ein bloßer Reparaturbetrieb, er verhindert nicht mehr den sozialen Ausschluss und der genau ist der Kern der neuen sozialen Frage. Von der Alimentation zur Investition, das muss der neue Weg sein. Von quantitativen Größen zu qualitativen, wie Chancen und Teilhabe. Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsdynamik müssen den Kern neuer Sozialpolitik bilden. Sie sind die Maßstäbe für soziale Chancen und damit soziale Gerechtigkeit. Wir müssen heraus aus dem Wettbewerb wer bietet mehr hin zu Konzepten des Selbstvertrauens und der Ermutigung.

Der Staat muß seinen Bürgern Wahlmöglichkeiten geben. Er muß Systeme wettbewerblich organisieren. Er soll sich in Vorsorgeaktivitäten nicht für klüger halten, als die Bürger selbst. Wenn er es versucht, überfordert er sich und ist am Ende zur Inkompetenz verurteilt. Nichts ist gefährlicher, als die Überforderung des Staates, Der Staat kann nicht alles, er tut nur so.

Fair und gerecht sind solche Sozialmodelle, die den „Bedürftigen ein angemessenes Sicherheitsangebot machen, gleichzeitig aber auch dazu anhalten, durch eigenes Engagement sobald als möglich wieder von gewährten Solidarleistungen unabhängig zu werden“ (Sachverständigenrat).

Fair und gerecht ist ein Interessenausgleich zwischen den Generationen, der die Arbeit an den drängenden Fragen des demografischen Wandels „nicht auf jene Menschen verschiebt, die im aktuellen Entscheidungsfindungsprozess noch keine eigene Stimme haben“ (Sachverständigenrat).

Es gibt in Deutschland ein großes Vorurteil über das Wesen des Marktes. Die Kehrseite der Medaille ist die Geringschätzung von Freiheit. Viele fürchten, daß Freiheit anderen mehr nutzt als ihnen selbst. Es ist aber falsch, moralisches Empfinden ganz grundsätzlich gegen den Markt zu richten. Die geschichtliche Schleifspur aller Linken zeigt, daß unkontrollierte wirtschaftliche und dann auch politische Macht genau dort entstanden ist wo der Wettbewerb vorher aus politischen Motiven ausgeschaltet und damit der Markt entmachtet worden ist. Marktwirtschaft, das ist ein einzigartiges Entmähigungsprogramm.

Es gibt allerdings auch nichts zu beschönigen wenn wie jetzt Krisen auftreten. „Die Verstaatlichung der Risiken ist eine Bankrotterklärung für die Marktwirtschaft.“ Sie zerstört die wichtigste Grundregel, daß Verantwortung und Haftung untrennbar verbunden sind. „Alte Vorurteile gegen den Markt und für den Staat finden sich im marktwirtschaftlichen Kollaps und in der staatlichen Rettung.“ (Straubhaar) Dennoch bleibt es

richtig was jetzt getan werden muß, denn: „das Marktversagen von heute ist die Folge des Staatsversagens von gestern.“

„Es war der Staat, der jährlicherweise den Massen suggerierte, der Traum vom billigen Eigenheim ohne Eigenkapital sei für alle realistisch (Straubhaar). Es war die Politik, die die Banken drängte zweifelhafte Kredite einzuräumen. Es war die mangelnde Statur von Managern und Aufsichtsbehörden dem entgegenzutreten statt selbst mitzuspielen. Jetzt kehrt der Staat zurück. In der Krise liegt aber auch eine Chance, wenn sie einen Lernprozess bei den Verantwortlichen auslöst. Staatsinterventionen sollten aber nicht die Regel werden, es kommt auf die richtige Dosis an, der Krankheitsherd muß getroffen werden, Nebenwirkungen und das „Suchtpotential“ (NZZ) sollten klein gehalten werden. Irgendwann muß wieder ein geordneter Rückzug stattfinden und der Markt muß daraus lernen..

Freiheit und Macht

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit arbeitet an Projekten in 63 Ländern. Sie führt Büros in 48 Ländern und erlebt weltweit neue Akteurskonstellationen, Machtpoker und Nationalismen, Unterdrückung, unendliche Armut und selbst in rohstoffreichen Staaten die Unfähigkeit nationaler politischer Eliten die Erlöse klug zu investieren. Es gibt Muster am prosperierenden Gemeinwesen und Kennzeichen von scheiternden und gescheiterten Gemeinwesen. Es gibt Staaten mit unendlichem ethnischen Binnenzirkus, an vielen Orten sind historische Trümmer nie ordentlich beiseite geräumt worden.

Douglas North, Wirtschaftshistoriker an der Washington University und Nobelpreisträger hat die These aufgestellt, daß ein Wertesystem, welches politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb als etwas grundsätzlich positives ansieht, die wichtigste Voraussetzung für eine offene Gesellschaft ist. Es gibt auf dieser Welt Gesellschaften und politische Führungen, die mit modernen Formen des Wirtschaftens besser um zu gehen wissen als andere. Es gibt andere, die ihre Gesellschaften mit Missachtung des Einzelnen, mit

Vernachlässigung, mit Unterdrückung, mit Unfreiheit und Stagnation, mit fehlgeschlagener Modernisierung geradewegs in die Erosion sozialer und moralischer Bindungskräfte führen.

Einer solchen Abwärtsspirale muß der Westen, wenn er sich nicht nur als Geographie sondern als politische Programm versteht, Ordnungselemente wie Rechtsstaatlichkeit, Verlässlichkeit der Institutionen, die Verbürgung von Eigentum als Recht für alle, an Stelle eine Vorrechts für wenige und institutionelle Verantwortlichkeit für ein partnerschaftliches Miteinander der Nationen entgegensetzen.

Die einzig übriggebliebene Supermacht, die Vereinigten Staaten von Amerika, sind zwar militärisch weltweit überlegen, eine imperiale Präsidentschaft hat allerdings ihre normative Autorität geradezu verspielt. Ein überbordende Freiheitsrhetorik auf der einen Seite kombiniert mit einer oftmals konzeptlosen Machtpolitik auf der anderen, haben das Ansehen der USA stark beschädigt. Nichts hat diesem großen Land mehr geschadet als Guantanamo und Abu Ghraib.

Wir sind was wir tun, vor allem aber sind wir was wir nicht tun. Wenn die Harvard Law School ihren Graduierten die Diplome aushändigt, dann erinnert sie sie daran „to think of law as wise restraints that make man free.“ Die ethische Überlegenheit des Rechtsstaates darf im Kampf gegen Gegner des Rechtsstaates nicht aufs Spiel gesetzt werden. Die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten stattfindende Selbstverständnisdebatte über die eigene Politik ist hörbar und sie sollte uns trotz der in der Vergangenheit gemachten Fehler davor bewahren eine amerikafeindliche Grundhaltung einzunehmen. Die gemeinsamen politischen, ökonomischen und transatlantischen Potentiale sind überragend, es gibt zu ihnen keine geostrategische alternative.

In Europa haben wir gelernt den Frieden über Mechanismen der Versöhnung, über institutionelle Integration und eine klare Rechtskultur zu sichern. Europa ist noch nicht da wo es sein soll, wenn es die Europäische

Union aber nicht gäbe, müssten wir sie geradezu erfinden. Sie bedeutet keinesfalls eine Flucht aus der nationalen Eigenverantwortung in die europäische Integration. Sie ist eine schlichte Selbstbehauptung im weltweiten Wettbewerb und nicht nur materiell sondern vor allem auch ideell. Es ist ein Vorhaben das auf dem Weg ist, das im übrigen bislang von den nationalen Eliten im Hinblick auf das notwendige Zustandekommen eines europäischen Identitätsgefühls sträflich vernachlässigt worden ist.

Die Entwicklung hin zur Weltgesellschaft ist kein Selbstläufer. Es gibt Gegenbewegungen mit ethnonationalistischen Selbstdefinitionen, es gibt verschiedene Typen von Fundamentalismus, von Mustern von Stamm und Religion, es gibt enorme Probleme in Säkularisierungsprozessen. An vielen Orten werden ganz neue Landkarten gezeichnet und historische Trümmer sind nie ordentlich überall beiseite geräumt worden. In postnationalen Konstellationen zu denken und geostrategische Vorstellungskraft zu entwickeln das darf vom Selbstverständnis her nicht nur ein Management von Ereignissen unbestimmter Qualität und Richtung sein. Ein Mindestmaß an normativen Übereinstimmungen wird benötigt. Unsere Interessen sind die Werte.

Wir müssen uns um eine internationale Politik bemühen, die für die Gesellschaften Orientierung ausstrahlt und Deutschland muß dazu auch eine verantwortungsvolle Führungsaufgabe übernehmen. Führung hat in diesem Sinne nichts mit Befehlgebaren oder Überheblichkeit oder Kommandoton zu tun. Die Arbeit einer gestaltenden Führung muß sich an den Menschenrechten, an rechtsstaatlichen Maßstäben an Spielregeln und an zivilisatorischen Standards orientieren wenn sie der mancherorts grassierenden Rat- und Orientierungslosigkeit etwas entgegen setzen will. Sie bedeutet nicht, das man sich größer macht als man ist, aber eben auch nicht kleiner. Auch wenn dieser außenpolitische Ansatz von manchem Kritiker als typische europäische und naive Anhänglichkeit an Institutionen und Regeln gesehen wird, so eröffnet nur dieser Weg Aussichten auf ein halbwegs erträgliches Zusammenleben von Menschen.

Freiheit und Sicherheit

Der Staat darf auch nicht alles. Gläserne Kunden, gläserne Patienten, gläserne Steuerzahler, das ist nicht die richtige Vorstellung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat. Die innere Sicherheit kann nur durch den Rechtsstaat verteidigt werden, nur mit seinen Prinzipien und nicht gegen ihn. Der private Lebensentwurf, die eigenen vier Wände, die Reisen, die Freundschaften und Beziehungen, das Bankkonto, die freie wirtschaftliche Betätigung der Bürgerinnen und Bürger kann nicht einer lückenlosen Überwachung durch den Staat unterliegen. Das Vertrauen in den Rechtsstaat ist ein wichtiges Standbein der Sicherheit und nicht die imperialen staatlichen Ausflüge in die Freiheit des Menschen.

Nicht der Staat gewährt den Bürgern gnädigerweise Freiheit, sondern die Bürger gewähren dem Staat Einschränkungen ihrer Freiheit zur Wahrung der Rechte aller. Freiheit kann nur durch einen Rechtsstaat gesichert werden, nicht gegen ihn.

Die Überdehnung der Freiheit im Namen der Freiheit ist dabei nicht die Sache der Freiheit. Zu den zentralen Fragen freiheitlicher Gesellschaften zählt, wie viele „Einbußen sie an Traditionen verlieren dürfen, „wie viele Verbindlichkeiten sie ohne Schaden hinnehmen können und wie viel Bewusstsein von Gemeinwohl sie auch bewahren und schaffen müssen.“ Auf ihren Gleichgewichtssinn kommt es an, auf eine immer wieder neue Verbindung von Offenheit von Herkunftsbewußtsein, von Altem und Neuem. Das alles verlangt den prinzipiellen Verzicht auf die eine Wahrheit (Joachim Fest). Auf ein Mindestmaß an Zusammenhalt und Verbindlichkeiten, die von den Bürgern selbst gestaltet und gelebt werden kann kein Gemeinwesen verzichten.

Menschen müssen ein wachsames Auge für die Gefährdungen der Voraussetzungen freiheitlicher Gesellschaften haben. Wenn sie in ihnen gerne leben wollen müssen sie ihre Grundlagen standfest verteidigen. Sie dürfen Vertretern einer konfrontativen Weltsicht nicht das Feld überlassen, gleich in welchen Verkleidungen sie auftreten. Das gilt auch für die Kultur religiöser Überzeugungen. Es kann keine Akzeptanz von Bekenntnissen geben die unter Inanspruchnahme von religiöser Authentizität die Menschenrechte verletzen. Ein säkularer Staat muß deshalb darauf achten, daß bei welcher religiösen Überzeugung auch immer die Prinzipien beachtet werden, die auch für seine eigene verfassungsmäßige Bindung gelten. Es gibt keinen clash of civilisation. Es gibt aber eine unausweichliche Herausforderung gegen Unzivilisierte „Eine Religion soll Gott verehren, aber nicht Gott spielen“ (Prof. Franz Kamphaus).

Ein freiheitlicher Entwurf ist nie perfekt, aber besser als alle Gesellschaftsentwürfe, die den Zufall und die Spontaneität des Lebens zur Gunsten einer sakrosankten Ordnung der Dinge eliminieren und damit eine Herrschaft der Unfreiheit errichten.

Elisabeth Betancourt, die lange im Dschungel leiden musste, sagt heute: „Freiheit ist etwas wunderbares. Man braucht sie wie die Luft zum atmen. Ohne Freiheit ist alles andere nichts.“

Das Beste was unser Land aufzuweisen hat ist seine freiheitliche Verfassung. In ihr liegt auch die Chance zur Erneuerung.

Der Prozeß, in dem wir uns befinden und die Schwierigkeiten, mit denen wir es zu tun haben, kosten nicht nur Geld. Freiheitliche Gesellschaften müssen vor allem auch zu Anstrengungen fähig sein, die jenseits von materiellen Anreizen liegen.

Es wird darauf ankommen, ein Bewusstsein für die neuen Herausforderungen und ein Haltung zur Bewältigung zu schaffen, eine den

Aufgaben entsprechende öffentliche Meinung herzustellen und so das gesellschaftliche Klima zu prägen.